

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: [Ausgabe vom 23.05.2017](#), Seite 1 / Ausland

Junge Welt

24.05.2017

Trump kürzt bei Sozialprogrammen

US-Regierung will Hilfe für arme US-Bürger zusammenstreichen



Ein Land in Armut: In Seattle erhalten Mittellose eine kostenlose Zahnbehandlung (28.10.2016)
Foto: REUTERS/David Ryder

Während US-Präsident Donald Trump zur Zeit seine erste Auslandsreise absolviert, berichten Medien in den Vereinigten Staaten über die jüngsten Pläne seiner Regierung. Demnach soll die Versorgung armer Bürger mit kostenloser medizinischer Hilfe und Lebensmitteln eingeschränkt werden. In einem Haushaltsentwurf, den seine Regierung am heutigen Dienstag vorlegen werde, seien tiefe Einschnitte bei den entsprechenden Programmen vorgesehen, berichtete die *Washington Post*. Die Zeitung berief sich auf Menschen, die mit den Plänen vertraut sind, ohne Namen zu nennen.

Das Budget des Programms »Medicaid«, das Menschen mit geringem Einkommen kostenlose Arztbesuche ermöglicht, soll demnach in den nächsten zehn Jahren um 800 Milliarden US-Dollar gekürzt werden. Berechnungen des Haushaltsbüros des US-

Kongresses zufolge könne das in dieser Zeit rund zehn Millionen US-Amerikaner ihrer Gesundheitsversorgung berauben. Trumps Vorgänger Barack Obama hatte die Bundesmittel für das Fürsorgeprogramm für Bedürftige noch deutlich ausgeweitet. Im Wahlkampf hatte Trump angekündigt, keine Kürzungen bei Medicaid vorzunehmen.

Außerdem werde erwartet, dass Trump Änderungen an einem Programm vornehmen wolle, das Arme mit Essensmarken versorgt, hieß es weiter. Durchschnittlich 44 Millionen Menschen hätten im vergangenen Jahr Leistungen aus dem »Snap«-Programm erhalten.

Der US-Kongress muss den meisten der vorgeschlagenen Änderungen zustimmen. Trumps Republikaner haben eine Mehrheit in beiden Kammern, allerdings haben in der Vergangenheit auch Mitglieder seiner eigenen Partei Vorbehalte gegenüber Trumps Politik erkennen lassen. Vor allem, weil sie von Aktivisten in ihren Heimatgemeinden mit Protesten unter Druck gesetzt werden konnten.

Im Etat für das laufende Haushaltsjahr, den der Kongress Anfang Mai verabschiedet hatte, waren dem Verteidigungsministerium bis zu 15 Milliarden Dollar mehr zur Verfügung gestellt worden, zudem 1,5 Milliarden mehr für die Grenzsicherung. (AFP/dpa/jW)